

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 16 (1975)
Heft: 6

Artikel: Nr. 1 in Westeuropa : Portugal wird zum kommunistisch regierten Land
Autor: Sager, Peter / Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094976>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Portugal wird zum kommunistisch regierten Land

Nr. 1 in Westeuropa

Von Peter Sager und Christian Brügger

Was in Portugal stattfindet, ist nicht die Zerschlagung eines Putschversuches, sondern die Zerschlagung der demokratischen Kräfte. Der Revolutionsrat, den die Bewegung der Streitkräfte mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet hat, stellt zur Hauptsache eine Koalition von kommunistisch gesinnten Militärs, moskautreuen Kommunisten und Mitläufern dar. Die Alternative ist ausgeschaltet worden. Zugleich ist das, was sich in der Öffentlichkeit abspielt, die Szenerie der kommunistischen Machtergreifung. Man liquidiert den «Klassenfeind», und man macht die Treibjagd auf die politischen Gegner, auf die Andersdenkenden schlechthin. Die Zentralen der nichtmarxistischen Parteien sind verbrannt oder verwüstet worden. Die Verstaatlichung, angefangen bei Banken und Versicherungsgesellschaften, ist angelauten. Publizisten und Journalisten nicht genehmer Denkart gehören zu den Verhafteten. Auf den Strassen herrscht der Terror. Neben den Militärs gibt es auch bewaffnete Zivileinheiten, die von kommunistisch beherrschten Zentralen aus gesteuert werden und mit angemassten Vollmachten «das Volk» vertreten. Denn auch die Sprachregelung der kommunistischen Diktatur ist vollumfänglich «gültig», und Widerspruch ist lebensgefährlich.

Der angebliche «Putschversuch» vom 11. März in Portugals Hauptstadt Lissabon scheint das Ende der noch jungen Demokratie einzuläuten. Schon am nächsten Tag wurde von der Bewegung der Streitkräfte (MFA) ein *Revolutionsrat* gebildet, der die legislativen Befugnisse vom bisherigen Staatsrat übernahm und weiterhin die exekutive Gewalt ausübt. Die Beratungen mit den politischen Parteien über die verfassungsmässige Institutionalisierung des MFA sind abgebrochen worden. General Spínola, der Caetano gestürzt hatte, wurde zusammen mit weiteren Offizieren aus der Armee ausgeschlossen. Der «Putschversuch» liefert den dürftigen Vorwand, auf Portugals Weg zur Demokratie eine unüberwindliche Barrikade zu errichten.

Der Staatsstreich vom 25. April 1974: eine Sache der nichtkommunistischen Opposition

Während eines halben Jahrhunderts waren die Portugiesen der Ausübung staatsbürgerlicher Rechte und Pflichten entwöhnt worden. Die Geschichte von Land und Volk wurden von einer patriarchalen Führung gelenkt. Portugal war gewiss keine offene, demokratische Gesellschaft; ebenso gewiss war es aber auch keine totalitäre Diktatur kommunistischen Zuschnitts. Die Unzufriedenheit mit dem Regime ergab sich vor allem aus der Unfähigkeit erst Salazars, dann Caetanos, die afrikanischen Kolonien entweder zu halten oder zu liquidieren. Im Guerillakrieg von Angola und Moçambique hat Lissabon sich ausgeblutet und ist die Armee frustriert worden. In der Armee wuchs denn auch der Widerstand gegen das Regime viel eher heran als in den politischen Kreisen. Zwei Tatsachen müssen hervorgehoben werden. Es war der Generalstabschef Spínola, der mit seinem berühmten Buch das Signal zum Sturz des Salazarismus gab; er wurde denn auch sofort zum Präsidenten bestimmt. Und es waren *nicht* die Kommunisten, die diesen Staatsstreich ausführten. Sie hatten sich vor dem 25. April 1974 sogar gegen allfällige Putschversuche von Militärs gewandt und den Bürgerkrieg als einzige «Hoffnung» Portugals bezeichnet. Erst als der Staatsstreich gelang, änderten sie ihre Taktik, beteiligten sich an der

Regierung und überschütteten sich mit dem Selbstlob, massgeblich zum Gelingen des Putschversuches beigetragen zu haben.

Das erste Jahr: Salamitaktik ...

Im Verlaufe des knappen Jahres, das seit dem Staatsstreich vergangen ist, haben sich die längst vorbereiteten Kommunisten organisiert und auf eine langsame Machtübernahme eingespielt. Ihre Anhängerschaft, anfänglich wenige hundert, wuchs rasch an. Im politischen Vakuum, das nach dem Sturz Caetanos entstand, fanden sie ein fruchtbares Betätigungsfeld. Sie sind die einzige Gruppe, die straffe Organisation mit präzisen Zielvorstellungen verbindet, die in politischer Taktik geschult ist und im Genuss einer internationalen Solidarität und weitreichender ausländischer Unterstützung steht.

Es wurde Beobachtern rasch bewusst, dass die übrigens stur sowjettreue Kommunistische Partei Portugals (PKP) darauf hinarbeitete, im Rahmen der provisorischen Regierung die Macht langsam zu übernehmen, um bereits günstige Weichen für die Wahlen zu stellen. PKP-Chef Cunhal hatte erklärt, dass er die Wahlen anerkennen werde, wenn sie dem Volkswillen entsprächen; so behielt er sich vor, ein für seine Partei ungünstiges Wahlergebnis als dem Volkswillen widersprechend abzulehnen.

Gegen diese Machenschaften wendeten sich zwar die liberalen Führungskreise, an ihrer Spitze General Spínola. Doch kamen deren Bemühungen im Herbst letzten Jahres schon zu spät. Am 28. September, als Spínola eine Volksversammlung in Lissabon organisieren wollte, konnte die PKP mit Demonstrationen bereits ein entsprechendes Verbot durchsetzen. Spínola wurde zum Rücktritt gezwungen. Die radikaleren Kreise innerhalb des MFA festigten ihre Positionen.

Inzwischen erwachte aber auch das Volk. Mehrere demokratische, zentristische Parteien wurden gegründet. Sie fanden starken Rückhalt in der Bevölkerung und durften sich mit guter Hoffnung auf die Wahlen vorbereiten. Einige Kongresse und Versammlungen solcher Parteien wurden von mehreren tausend Personen besucht. Es zeigte sich, dass freie Wahlen auch in Portugal,

wie in allen andern Ländern der Welt, den Kommunisten keine nennenswerten Erfolge gebracht hätten.

... und erster Terror gegen demokratische Kräfte

Aus dieser Erkenntnis griff die PKP zu radikaleren Kampfmitteln gegen die demokratischen Parteien. Gezielt wurden bestimmte Versammlungen demokratischer Parteien mit organisierten Demonstrationen unter Anwendung von Gewalt gestört: jene des Sozialen Demokratischen Zentrums (CDS) in Porto am 25./26. Januar, jene der Christlichdemokratischen Partei (CD) in Lissabon am 25./26. Februar, schliesslich jene der Demokratischen Volkspartei (PPD) in Setúbal am 7./8. März.

In lehrbuchgetreuer Anwendung der kommunistischen Taktik trat dabei nicht etwa die PKP nach aussen in Erscheinung. Vielmehr wurden die links von der PKP stehenden Elemente vorgeschoben, namentlich die angeblichen Maoisten (MRPP). Der PKP-Generalsekretär Cunhal hat sich dann jeweils am Tag nach den Ereignissen von den Demonstrationen distanziert.

Das war ungläubwürdig. Die Splittergruppen links von der PKP hätten gar nicht den Apparat gehabt, Demonstrationen solcher Ausmasse so präzise zu organisieren, noch die Mitgliedschaft und Anhänger, solche Massen auf die Strasse zu bringen. Aber die Taktik verfiel noch einigermaßen — bis zum 10. März. An diesem Tag wies die Demokratische Volkspartei nach, dass militante Mitglieder der PKP in Setúbal tätig gewesen waren. Sie konnten aufgrund von Photographien identifiziert werden.

Zwar hatte sich Cunhal auch diesmal distanziert und friedliche Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräften angeboten. Aber das verfiel nicht mehr: Soares verlangte erstmals konkrete Garantien.

Es ergaben sich weitere Rückschläge: General Carvalho, Chef des militärischen Sicherheitsdienstes Copcon, der vermutlich mit den Kommunisten zusammenarbeitet, wurde zusammen mit vier weiteren Vertretern des linken Flügels bei den Erneuerungswahlen der Soldatenräte *nicht* wiedergewählt. Das hatte zwar keinen unmittelbaren Einfluss auf das MFA; aber an diesem Umstand konnte die rapid sinkende Popularität der linksextremen Elemente im Volk gemessen werden.

Das verhies der PKP wenig Gutes für die auf den 12. April angesetzten Wahlen, und das, trotzdem der Wahlkampf im Interesse der PKP bereits auf eine lächerliche Frist von wenigen Tagen begrenzt worden ist. Eine lächerliche Frist angesichts der Tatsache, dass dem portugiesischen Volk freie Wahlen seit über 50 Jahren vorenthalten worden sind.

Es ist offensichtlich, dass sich die PKP und die linksextremen Elemente in der MFA im Zugszwang gefühlt haben.

Wem nützt der Putsch?

Noch bevor der gescheiterte Putschversuch in Portugal in seinen Mechanismen einsichtig ist, sind seine Auswirkungen offenkundig. Denn die Frage «Cui bono?», «Wem nützt das?», lässt sich beantworten.

Die Verschwörung bietet unbeschadet um ihren allfälligen Stellenwert schon jetzt den Anlass, mit den «konterrevolutionären Elementen» abzurechnen.

nen, wie es in der offiziellen Sprachregelung heisst. Und es lässt sich gerade anhand der bisherigen Sprachregelung bei den Mächtigen der MFA und der mit ihnen verbündeten PKP durchaus erkennen, dass die Feindbezeichnungen von «Reaktion» wie auch von «Faschismus» keineswegs etwa den alten Anhängern der Salazar-Caetano-Diktatur gelten, sondern auch immer mehr und sogar vordringlich gerade den demokratischen Alternativkräften.

Ein militärischer Putschversuch ist niedergeschlagen, aber als Folge steht nun die Liquidierung der zivilen und demokratischen Opposition auf dem Programm. Wie immer es mit der Echtheit des Putsches bestellt sein mag: die Ausnützung nach dem hitlerschen Schema «Reichstagsbrand» ist vorgegeben.

Sollte aus dem Putscher gegen die Diktatur ein Putscher gegen die Demokratie geworden sein?

Der Putschversuch selbst scheint momentan General Spínola angelastet zu werden. Als Indizien dienen dabei einerseits seine Flucht ins Ausland, andererseits die Aussagen oder angeblichen Aussagen seines verhafteten «Vertrauten» General Galvao de Melo.

Aber gerade wenn man diesen Tatbestand als existent annimmt, stellt sich die Frage, wieso denn eigentlich ein Umsturzversuch ausgerechnet von dieser Seite als reaktionär vorgeedeutet werden kann. Spínola ist schliesslich der Mann, der den Putsch gegen das reaktionäre Regime Caetano durchgeführt hat, der Gegner dieser Diktatur und der Sieger über sie.

Es ermangelt jeder Logik, Spínola nunmehr als den Mann hinstellen zu wollen, der die von ihm abgeschaffte Diktatur wieder einzuführen gesucht hätte. Spínola hatte mit seinem ersten Putsch bezweckt, die Diktatur durch die Demokratie zu ersetzen. Warum hätte sein allfälliger zweiter Putsch in umgekehrter Richtung zielen sollen? Vielmehr hätte Spínola jeden Anlass gehabt, sich gegen die erneute Einführung der Diktatur in Portugal zu wenden, ein Prozess, der in vollem Gange war.

Aehnliches kann von General Galvao de Melo gesagt werden. Er war einer der höchstdekorierten

Offiziere der Luftwaffe. Aber er hat den Dienst schon vor acht Jahren wegen politischer Differenzen mit dem Salazarismus quittiert und kann daher keinesfalls als «Faschist» oder «Reaktionär» bezeichnet werden. Er gilt als Vorbild für seine Kameraden, als hervorragender Redner, als bewährter Demokrat. Seine Rückkehr in die Politik — er war Mitglied der Junta bis zum Sturz Spínolas und jetzt Spitzenkandidat der beiden bürgerlichen Parteien — hat ihm eine rasch steigende Popularität gesichert. Er und Spínola waren die bedeutendsten Gegenspieler der links-extremen Elemente; sie mussten ausgeschaltet werden.

Zumal die Entwicklung in Portugal nicht mehr zur Demokratie hin verlief, sondern von ihr weg. Das kommunistische Verständnis der «Demokratisierung» beherrschte die Szene immer eindeutiger, und zwar so, dass die Andersdenkenden, und zwar vornehmlich die Gegner jeglicher Diktatur, unter terroristischen Druck gesetzt wurden. Die zentralen Medien verweigerten ihnen die Äusserungsmöglichkeit, und die von wem auch immer bemannten Schlägertrupps verhinderten ihre politische Sammlung. Nicht anders hatten in der späten Weimarer Republik die nationalsozialistischen Vorhuten die Treffen der pluralistischen Gruppierungen gesprengt und die potentiellen Teilnehmer abgeschreckt. Dieser Terror wurde von der kommunistischerseits immer wieder erprobten Demagogie begleitet, die jeglichen Gegner der Diktatur als Anhänger des «Faschismus» deklarierte. Als ob konsequenter Antifaschismus nicht auch die Gegnerschaft zur heutigen Hauptform des Faschismus, zum Sozialfaschismus, einschliessen müsste.

Wenn also Spínola als Urheber des missglückten «Putsches» unterstellt wird, besteht kein Anlass, dieses Unternehmen zum vornehmerein als reaktionär einzustufen, nachdem es in Parallele und nicht im Gegensatz zu seinem ersten Putsch durchaus wieder als antidiktatorisch zu begreifen wäre.

Thema Reichstagsbrand

Wenn Spínola mit Sicherheit keinen glaubhaften Urheber für einen «reaktionären» Putsch abgibt, so ist damit noch lange nicht gesagt, dass er als Urheber des «Putsches» überhaupt so glaubhaft ist, wie es zunächst den Anschein haben mag. Das ganze, so leicht gescheiterte Unternehmen sieht verdächtig so aus, als sei es auf ein Scheitern angelegt gewesen. Die Frage nach einer Provokation stellt sich um so mehr, als die Abkehr von demokratischen Methoden auch sonst überreichlich sichtbar geworden ist. Die Flucht Spínolas widerspricht dieser Möglichkeit nicht. Er hätte sie im Bewusstsein ergreifen können, dass eine Putsch-Inszenierung unter anderem und vielleicht vorrangig den Zweck haben konnte, als Vorwand zu seiner Liquidierung zu dienen. Im übrigen ist auch eine angenommene Provokation immer noch in zwei Varianten denkbar: Als Schauspiel, mit dem er selbst nichts zu tun hatte, oder als Falle, in die man ihn mit regimegesteckten Ratgebern lockte.

Dafür, dass der angebliche Putschversuch eine simple Provokation der Linksextremisten gewesen ist, sprechen verschiedene Indizien.

Zunächst ist es eine Praxis von gefährdeten Diktaturen, solche «konterrevolutionäre Bedrohungen» zu konstruieren. Hitler hat sie mit dem Reichstagsbrand vorgezeichnet. In Osteuropa ist sie beim Aufbau des Satellitenreiches von Mos-

kau nachgeahmt worden. Nach der sowjetischen Invasion in der Tschechoslowakei wurde die gleiche Taktik angewandt.

Abgesehen davon, dass die Interessenlage gegen einen Putsch der Demokraten sprach — sie waren ja im Vormarsch begriffen —, hätte ein solcher Versuch, wenn er echt gewesen wäre, zweifellos breite Unterstützung gefunden, im Volk und bei den Militärs. Die ist aber begreiflicherweise ausgeblieben. Das Volk hat gespürt, dass hier eine Provokation im Gange war.

Eine Kompanie Fallschirmjäger, die offenbar keine Ahnung über ihren Einsatz hatte, löst keinen Putsch aus; aber sie ist das geeignete Werkzeug einer Provokation.

Bei diesem «Putschversuch» hat es einen Toten und wenige Verletzte gegeben, also weniger Opfer denn als Folge der linksextremen Demonstrationen Ende Februar in Lissabon und am 7. März in Setúbal. Wer will einen solchen «Putschversuch» noch ernst nehmen?

Konsequenzen zum vornherein gegeben

Wie dem immer sei: Der gescheiterte «Putschversuch» gibt dem Regime Gelegenheit, mit der demokratischen Opposition im Innern noch vor den Wahlen «fertig zu werden», die trotz allem Terror ein ernsthaftes Hindernis auf dem Wege zur klassischen kommunistischen Machtergreifung zu sein drohten.

Darüber hinaus scheint auch der aussenpolitische Sündenbock wohl präpariert. Der gleiche General Galvao, dessen Aussage zur Belastung Spínolas verwendet wird, soll auch den amerikanischen Botschafter impliziert haben. Abgesehen davon, dass auch die Angeklagten in den Prozessen Rajk und Slansky ihre Mitarbeit mit den imperialistischen Mächten «bekannt», ist der Frontbezug gegen USA und Nato eine zum vornherein gegebene Konsequenz des Putsches, der dem Regime so überaus gelegen kommt. Und wem die internationale Dimension dieser Konsequenz nützen wird, ist ebenfalls keine Frage. ■

Unsere Meinung

Die «Bündnispartner»

Portugal gibt nach einer ungebrochenen Reihe von Präzedenzfällen die letzte Probe aufs Exempel für die Tauglichkeit eines Bündnisses von demokratischen Kräften mit Kommunisten.

Alle die nichtmarxistischen Parteien, welche jetzt mit brutaler Gewalt liquidiert werden, hatten nach Spínolas Putsch gegen das Caetano-Regime am 25. April 1974 in kommunistischer Lesart zunächst als Mitstreiter in der breiten antifaschistischen Front gegolten. Miteinander, hiess es, gelte es die Ueberreste der vorangegangenen Diktatur zu beseitigen und die Demokratie einzuführen. In der ersten Zeit nach dem Staatsstreich ging es der KP, welche schliesslich den Sturz der früheren Machthaber nicht bewerkstelligt hatte, sogar vorrangig um die Erfüllung der bescheiden anmutenden Forderung, dass sie bei der Neubestellung der Ordnung mitberücksichtigt werden müsse. Keine Demokratie ohne uns! Das war die Losung, der sowohl die nichtkommunistischen Militärs um Spínola als auch die Vertreter der nichtmarxistischen politischen Opposition gegen

(Fortsetzung auf Seite 12)

ZEITBILD

erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar +

Leihkasse Bern 153 400 50, Deutsche Bank

Frankfurt a. M. 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise

Fr. 30.- jährlich (Ausland Fr. 33.-, DM 30.-)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-

(Ausland Fr. 22.-, DM 20.-)

Halbjahr Fr. 16.- (Ausland Fr. 17.-, DM 16.-)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1,50)